

Manfred Behrend:
Eine Geschichte der PDS.
Von der zerbröckelnden Staats-
partei zur Linkspartei, ISP Verlag
Köln 2006, 218 S. (16,80 €)

Beiträge zur Geschichte der PDS sind noch immer nicht gerade dicht gesät. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Sie liegen zum einen in einem Mangel an Bewusstsein über ihre eigene Geschichte in der PDS selbst. Wie sonst hätten am Jahreswechsel 2004/2005 die 15. Jahrestage des Außerordentlichen Parteitages vom Dezember 1989 und des 1. Parteitages der PDS vom Februar 1990 parteiseitig ungewürdigt vorübergehen können, und wie sonst ließe sich erklären, dass die in der Partei entstandene gedruckte Chronik der PDS nur bis zum Jahre 1997 reicht. Sie liegen zum anderen in der Jahr für Jahr von den vielen Gegnern der Partei immer aufs Neue kolportierten Auffassung, lange werde es mit ihr ohnehin nicht mehr gehen. Und sie liegen schließlich auch darin, dass die Dinge – wie das turbulente Jahr 2005 mit seinen vorgezogenen Bundestagswahlen und der Einleitung eines Fusionskurses von PDS und WASG (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit) besonders deutlich zeigt – nach wie vor auf eine nicht selten überraschende Weise im Flusse sind.

Vor solchem Hintergrund nimmt man die Einladung eines ausgewiesenen Historikers wie Manfred Behrend (1930-2006), der sich ausdrücklich als Linker versteht und auch die »UTOPIEKreativ« mit seinen streitbaren Beiträgen und Rezensionen bereichert hat, zu einem kompakten Blick auf die Geschichte der PDS dankend an. Und ein Blick in die Gliederung des Buches verstärkt die Erwartungen. Im Kapitel 1 geht es um »Vorgeschichte, Gründung und Konsolidierung«, Kapitel 2 hat den »Kampf ums Überleben 1990-1994« zum Thema, Kapitel 3 verspricht eine Reflexion der »Debatten über Strategie und Regierungsbeteiligungen 1994-1997«, Kapitel 4 trägt die Überschrift »Vom größten Bundestagswahlsieg der PDS bis zum Ausscheiden Biskys und Gysis aus der Führung 1998-2000«. Das sieht bis dahin sehr nüchtern aus. Dann ändert sich aber die Tonlage. Ein Abschnitt des 4. Kapitels ist mit »Die Gysi-Gruppe im Streit für rechte Korrekturen« überschrieben.

Kapitel 5 ist die Überschrift »Marsch ins Bundestagswahldebakel 2001-2002« vorangestellt, Abschnittsthemen lauten »Neue programmatisch-politische Vorstöße von rechts« und »Dem Neoliberalismus dienstbereit: die Kapitulation in Berlin«. Kapitel 6 heißt »Rechter Triumph zum Schaden der Partei 2002-2003«. Abschnittsthemen sind nun »Vom Putsch zum Tempodrom-Parteitag« und »Das neue, nichtsozialistische Programm und die demoralisierte Linke«. Kapitel 7 trägt dann wieder eine nüchterne Überschrift: »Die PDS in den Jahren 2003-2004«, und aus dem Titel des 8., des Schlusskapitels, leuchtet so etwas wie Hoffnung: »Vorwärts zur und mit der Linkspartei 2004-2005«.

Beim gründlichen Lesen erweist sich dann, dass nicht die nüchternen Überschriften den Inhalt des Buches adäquat widerspiegeln, sondern jene, in denen das Wort »rechts« oder »Rechte« vorkommt. Denn das ist die Grundlinie des Behrend'schen Werkes: den Nachweis zu führen, dass sich in der PDS quasi von Beginn an eine »Parteirechte« und eine »Parteilinke« gegenüberstanden haben und auch weiterhin gegenüberstehen. Damit ist das Buch in der Tat ein aufstörender Diskussionsbeitrag: macht es doch nachdrücklich deutlich, wie fragwürdig diese Methode der Links-Rechts-Einteilung der Linken ist.

Das liegt keineswegs im überaus kritischen Grundgestus des Buches an sich. Viel zu deutlich liegen die Probleme und Widersprüche auf der Hand, als dass man an ihnen vorbei gehen könnte. Das Spannungsfeld zwischen Regierungsbeteiligung und Oppositionspolitik, wie es in der Linkspartei.PDS seit langem besteht, braucht ganz gewiss eine viel gründlichere Debatte, als sie gemeinhin auf Parteitag auf Bundes- und Landesebene zu erleben ist. Das mutige Ausschreiten von parlamentarischen Spielräumen; die Courage, selbstbewusst und streitfähig den Partnern in den Regierungskoalitionen auch einmal in die Parade zu fahren; die Fähigkeit, sich geduldig und lernbereit der Kritik der Parteibasis zu stellen – all das sind Dinge, die viel kräftiger und dauerhafter zum Alltag der Partei gehören müssten. Auch ist die Auseinandersetzung mit den Fehlern des Bundestagswahlkampfes 2002 bei weitem nicht gründlich genug geführt worden. Und zweifellos gehören Themen wie »der korrumpierende Einfluss des bürgerlichen Parlamentarismus mit seinen Privilegien

und Vertraulichkeiten« (S. 47) zu denjenigen, die in einer systemkritischen Partei immer wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen, damit Strategien entwickelt werden können, mit denen diesem Einfluss begegnet werden kann und der Blick geweitet wird für all das, was »im wirklichen Leben« von Bedeutung ist. Aber warum, um alles in der Welt, brauchen solche Diskussionen Stigmatisierungen wie die, dass da einer im Ministeramt »ein Mann der Parteirechten« sei (S. 78), ein anderer ein »Sozialist« nur in Anführungsstrichen (S. 125) und ein Dritter »durchweg stramm rechts« agiere (S. 113)? Wenn man einen solchen Kurs fährt – und der Verfasser tut es konsequent –, dann sieht man natürlich auch allüberall einen »weitestgehenden Vorstoß rechter Führungskräfte« (S. 100) und eine »vom rechten Flügel und Teilen der Führung vorangetriebene Wandlung« der Partei (S. 118), man meint in »etlichen WASG-Funktionären« und »diversen PDS-Größen« nichts anderes als »Gegner der Linken« zu erkennen (S. 157), und selbstverständlich gibt es in solcher Lesart dann auch Leute, die »zur Rechten konvertiert« sind (S. 131).

Zu solcher Rechts-Links-Kategorisierung in der Linken gehört immer ein Richter. Wer aber hat den bestellt – und wo in diesem System ist er selbst angesiedelt? Man mag nicht glauben, dass der Verfasser, über dessen engagiertes, kämpferisches Leben Ehefrau und Historiker-Kollegin Hanna Behrend in einem knappen Geleitwort Bericht gibt, vergessen haben sollte, welche verheerende Rolle sie in der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung gespielt haben – diese Richter über rechts und links. Und solch eine Methode soll für heutige Entwicklungen tauglich sein?

Dass sie es nicht ist, zeigt sich im Buch auch darin, dass eine »Geschichte der Linienkämpfe« geradezu zwangsläufig zu einer Geschichte fast ausschließlich der Führungsvorgänge wird: der Parteitage, der Vorstandssitzungen und ausgewählter Dokumente. Die Entwicklungen in den Kommunen und auf Landesebene bleiben – wenn es nicht gerade um die Kritik an Regierungsbeteiligungen oder die Abkanzlung von Bürgermeistern (S. 67) geht – nahezu vollständig ausgespart. Eine Analyse des Wirkens der Partei in der parlamentarischen Opposition in Land- und Kreistagen, Stadträten und Stadtbezirksversammlungen bleibt aus, Erfolge und

Misserfolge werden weder benannt noch analysiert. Auch die vielfältigen außerparlamentarischen Aktivitäten, wie etwa die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Verbänden, Vereinen oder die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften als Bindeglieder zwischen Partei und Gesellschaft, werden nicht beschrieben. Wenn das alles aber nicht untersucht und bewertet wird – wo liegt dann die Erklärung für die beeindruckenden und gegen vielerlei Erwartungen immer noch besser werdenden Wahlergebnisse? Wo kommt sie dann her – die Rolle einer Volkspartei, die die Linkspartei.PDS im Osten Deutschlands mit Wähleranteilen von 20 bis fast 30 Prozent tatsächlich spielt?

Oberflächlich bleibt bedauerlicherweise auch die Untersuchung der Beziehungen zwischen der Partei und anderen in der Gesellschaft als links verorteten gesellschaftlichen Kräften und Bewegungen. Wer – zum Beispiel – waren »die starken außerparlamentarischen Kräfte«, mit denen die PDS nach den Wahlen in Berlin im Oktober 2001 »die Chance zu erfolgreicher Oppositionspolitik« hätte wahrnehmen sollen (S. 115), tatsächlich? Wodurch hatten sie auf sich aufmerksam gemacht, welche Bündnisangebote hatten sie unterbreitet und welche Kooperationswünsche geäußert? Und welche von diesen Angeboten und Wünschen sind wann, wie und warum von der PDS ausgeschlagen worden? Das Buch gibt keine Antwort. Und was wären im Jahre 2003 tatsächlich »nachhaltige Aktionen im Interesse der Arbeitenden, Arbeitslosen und Armen« gewesen (S. 125), die die PDS in der Sicht des Verfassers unterlassen hat? Auch da findet eine Analyse der möglichen Bündnispartner und ihrer Haltung zur PDS nicht statt. Von den Gewerkschaften zum Beispiel weiß man, dass sie erst jetzt, nach dem Wahlerfolg vom Herbst 2005, bereit sind, normale Beziehungen zur Linkspartei.PDS zu entwickeln.

In der Nutzung von Quellen bleibt der Verfasser überraschend eng. Es dominieren neben den Parteiperiodika »Pressedienst« und »disput« die Zeitungen »Neues Deutschland«, »junge Welt« und »Arbeiterstimme«. Vorliegende wissenschaftliche Untersuchungen in Artikel- und Buchform bleiben ebenso fast völlig ausgespart wie das umfangreiche Angebot an Erinnerungs- und Reflexionsliteratur führender Politikerinnen und Politiker der Partei.

Im Vorwort zu seinem Buch, an dem er bis kurz vor seinem Tode gearbeitet hat, schreibt Manfred Behrend, dass er sich wünsche, »die nun vorliegende (...) Schrift möge zum politischen Streit und dadurch zur Aufklärung beitragen« (S. 16). Das tut sie. Die Debatte geht weiter.

WOLFRAM ADOLPHI

Hans-Günter Funke:
Reise nach Utopia. Studien zur literarischen Utopie vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert:
 LIT-Verlag Münster 2005, 352 S.
 (34,90 €)

Jörn Tietgen:
Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit. Analysen von Schrift und Film: Tectum-Verlag Marburg 2005, 358 S. (29,90 €)

Gruppe Gegenbilder (Hrsg.):
Autonomie und Kooperation:
 Projektwerkstatt Reiskirchen-Saasen, 196 S. (14 €)

Der Romanist Hans-Günter Funke gehört unbestreitbar zu den bekanntesten Utopieforschern seiner Disziplin. Mit dem Sammelband »Reise nach Utopia« liegt nun die Bilanz seiner bisherigen Studien zur Utopieliteratur gedruckt vor, wobei vor allem die Epoche der französischen Aufklärung im Fokus seines Interesses stand und steht. Editiert wurden insgesamt fünfzehn Aufsätze, die Funke zwischen 1982 und 2004 verfasste. Der hohe universitäre Stellenwert dieser Arbeiten resultiert sicherlich ein Stück weit daraus, dass er immer auch die Auseinandersetzung mit den theoretischen und methodischen Problemen der Utopieforschung suchte: Seine gattungsgeschichtlichen Überlegungen stehen, von den Studien des Historikers Lucian Hölscher abgesehen, immer noch solitär in der Wissenschaftslandschaft. Das reflexive Niveau, das sich auch in verschiedenen Aufsätzen zu einzel-

nen Utopisten (z. B. Diderot, La Fontaine, Fontenelle) niederschlug, kann daher durchaus paradigmatischen Charakter innerhalb der literarisch orientierten Disziplinen der Universitäten beanspruchen. Funke hat, das ist ein wesentlicher Bestandteil seiner Forschungstätigkeit, die Literaturwissenschaften gegenüber anderen Fächern geöffnet, so aber gleichzeitig ihr eigenständiges Profil geschärft. Für eine breitere Öffentlichkeit ist das Buch interessant, da es ihm gelingt, den Leser in einer klaren und nachvollziehbaren Sprache durch die verästelten Pfade der Utopie-Thematik zu leiten.

Über die als »klassisch« eingestuften politischen und/oder literarischen Utopien des 18. Jahrhunderts hinausgehend, hat Funke der Forschung zahlreiche weitere Quellen und Texte zur Analyse zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für den Politikwissenschaftler Jörn Tietgen, der im Herbst 2005 seine Dissertation »Die Idee des Ewigen Friedens in den politischen Utopien der Neuzeit« publizierte. Zwar ist seiner Arbeit kritisch anzulasten, dass gerade auf der methodischen und theoretischen Ebene einschlägige Bücher nicht berücksichtigt wurden. Andererseits hat Tietgen den Sozialwissenschaften jedoch einen neuen und kaum zu überschätzenden Quellenkorpus erschlossen: Spielfilme und Fernsehserien. Er vertritt die These, dass sich das utopische Denken der europäischen Neuzeit, das mit der »Utopia« von Thomas Morus 1516 schulemachend einsetzte, auch in den neuen Medien artikuliert. Darüber hinaus sei die Bedeutung filmischer Quellen darin zu sehen, dass sie den jeweiligen Zeitgeist sowie den Publikumsgeschmack in aller Deutlichkeit aufzeigen. (S. 37 f.) Die notwendige Vorbedingung eines solchen Verfahrens ist, wie Tietgen selbst explizit ausführt (S. 32), dass die Merkmale der inhaltlichen Bestimmung des Utopie-Diskurses in den Vordergrund rücken müssen. Damit bricht er an dieser Stelle mit dem von Funke vertretenen Konzept der Bestimmung der Utopie als literarischem Zeugnis bzw. zumindest als Teil der Sphäre der Ästhetik.

Sowohl bei Funke als auch bei Tietgen findet sich die These, dass der utopische Diskurs in zwei Linien zerfalle: Erstens die archaische und holistische Linie der geschlossenen Systementwürfe, auf die auch immer die konservative Utopie-Kritik zielte, zweitens die im weitesten Sinne anarchistischen Entwürfe. Die so be-

stimmten herrschaftsfreien Szenarien sind es, die nach Tietgen die Zukunft verbürgen. (S. 307 f.) Von diesem Punkt geht auch der von der »Gruppe Gegenbilder« herausgegebene Band »Autonomie und Kooperation« aus. Er setzt einerseits auf das Individuum und damit auf die egoistische Struktur des Menschen, die andererseits aber in kooperative bzw. genossenschaftliche Strukturen zu überführen sei. (S. 41 ff.) Dies vorausgesetzt, könne der Abbau übergeordneter und von »oben« kommender Institutionen ebenso in Angriff genommen werden wie eine radikale Reform des gegenwärtigen Gesetzes- und Strafapparates, der ja spätestens seit Foucault als kritikwürdig anerkannt ist. Und auch Emanzipation und Ökologie könnten nur von hier gedacht werden. (S. 150 ff.) Gerade wenn die hier kurz vorgestellten Bücher zusammen gelesen und einander ergänzend konfrontiert werden, ergibt sich ein ideen- und literaturgeschichtliches Bild, das deutlich aufzeigt, welch hoher Stellenwert dem utopischen Diskurs auch in unserer sich als modern bezeichnenden Gesellschaft zukommt. Der Liberalismus bedarf der utopischen Idee und Methode, um seine fehlende Selbstreflexivität zu ersetzen und die eigenen Prämissen zu überdenken. Erst das utopische Denken öffnet den Blick auf die mögliche Zukunft, stellt jene Visionen bereit, die in der Gegenwart als normative Ideen die tägliche Politik anzuleiten vermögen. Diese These ist es, die alle drei Bücher vereint.

ANDREAS HEYER

Stefan Meining:
Kommunistische Judenpolitik.
Die DDR, die Juden und Israel.
 Mit einem Vorwort von
 Michael Wolffsohn, LIT Verlag
 Hamburg 2002, 576 S. (40,90 €)

Das vorliegende Buch ist die im Jahr 2000 zugelassene Dissertation von Stefan Meining. Wie schon verschiedene andere Bücher zuvor, verfolgt es das Ziel der Darstellung und Analyse des Verhältnisses der DDR zu den Juden – denen im eigenen Land, denen in Israel und denen im Rest der Welt, insbesondere in den USA. Es steht so-

mit in verspäteter Konkurrenz zu den Arbeiten von Angelika Timm, Lothar Mertens, Michael Wolffsohn, Wolfgang Kießling, Mario Keßler und anderen.

Meining stellt sein Buch – u. a. in Abgrenzung zu Timm, Keßler und Kießling – bewusst in eine Reihe mit der »Deutschland-Akte« seines Lehrers Michael Wolffsohn. Dieses Buch war zu Recht kritisiert worden, weil es mit vielen Andeutungen, unbewiesenen Behauptungen und verschwörungstheoretisch-vieldeutigen rhetorischen Fragen (z. B. der, ob die Welle ausländerfeindlicher Pogrome Anfang der 90er Jahre nicht möglicherweise auf Stasi-Machenschaften zurückginge) keinen ernsthaften Beitrag zur wissenschaftlichen Debatte lieferte, sondern nur »Geschichtswissenschaft mit Schaum vorm Maul« (Kurt Pätzold, *konkret* 2/1996). Obwohl auch bei Meining recht klar ist, dass die eigene Kritik an der so ideologischen DDR auch Ausdruck eigener Ideologie, somit eines politischen (in dem Fall zutiefst antikommunistischen) Standpunktes ist – zu diesem Eindruck trägt auch die zitierte Literatur bei, wo sich Neurechte wie Stephane Courtois (Schwarzbuch des Kommunismus) oder auch Klaus Hornung finden (Letzterer schreibt in der *Jungen Freiheit* regelmäßig gegen den »linken Gesinnungsterror«) –, ist das Buch doch anders zu bewerten als die erste umfänglichere Publikation aus dem Projekt zur Deutsch-Jüdischen Geschichte an der Bundeswehruniversität. Die *Vermutungen* beispielsweise nehmen bei Meining tatsächlich recht wenig (nicht keinen!) Raum ein (S. 145, 151, 274, 533).

Sechs empirische Hauptkapitel widmen sich Einzelaspekten. Das erste (und längste) behandelt den Fall Merker. Der wesentliche Entdeckerstolz des Autors liegt auf seiner Deutung, dass Paul Merker, das prominenteste Opfer der antisemitisch gefärbten Säuberungswelle des Spätstalinismus Anfang der 50er Jahre, seiner Meinung nach anders als bisher dargestellt werden müsse – nicht nur als das unschuldige, wohlmeinende, humanistische und den vom Nationalsozialismus verfolgten Juden gegenüber wohlmeinende Opfer, sondern eben auch als halbwegs linientreuer Stalinist, als Nichtdissident. Meinings Verdienst mag es sein, dies explizit ausgesprochen zu haben. Trotzdem entbehrt es nicht einer gewissen Komik, wenn nun bei einem der höchsten Kader der KPD der

20er bis frühen 50er Jahre »entdeckt« wird, dass er im Prinzip linientreu war – wenn auch mit Zweifeln und Abweichungen, die ihm auch Meinung zugestehen muss. Entsprechend deutet Meinung Merkers Bemühen um Wiedergutmachung an den Juden noch während des Krieges nicht als hehre Gesinnung, sondern als taktischen Schachzug im Sinne von Moskaus Bündnisbestrebungen im Zweiten Weltkrieg.

Das zweite Kapitel behandelt das Verhältnis der DDR zur jüdischen Gemeinde – und zwar, da dieses schon ausführlich anderswo beschrieben wurde, anhand der »Fälle« Galinski und Eschwege.

Interessanter sind da schon die nächsten, auf die Außenpolitik des SED-Staates gerichteten Kapitel. Meinung beschreibt die extreme Israelfeindschaft der DDR (bei gleichzeitiger stetiger Anerkennung des israelischen Existenzrechts), die Freundschaft zur PLO, die ostdeutsche Unterstützung für arabische Militante und die erst Ende der 80er Jahre langsam aufbrechende Eiszeit zwischen dem jüdischen Staat und der SED.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Analyse der Versuche in den 80er Jahren, diese Beziehung ebenso zu verbessern wie die zu jüdischen Organisationen in den USA – im Kontext der DDR-Bestrebungen, die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA zu erhalten. Hier ist Meinung weit ausführlicher als Angelika Timm (Hammer, Zirkel, Davidstern, Bonn 1997). Seine Deutung dieser Beziehung entspricht jedoch der Wolffsohns, ist nur seriöser dargestellt: Die DDR-Führung sei in gewisser Weise einem antisemitischen Stereotyp aufgesessen, habe zu Unrecht geglaubt, durch Verbesserung ihrer Beziehungen zu jüdischen Organisationen den General-Schlüssel zur US-Regierung zu bekommen. Dies schlug aber fehl.

Mit einem wiederum recht kurzen Kapitel über die schnellen Entwicklungen in der Wendezeit, in denen sich das Klima zwischen DDR-Führung und Israel sowie den Juden in Ostdeutschland deutlich änderte, endet das Buch.

Es stellt sich nun die Frage nach der Notwendigkeit, da nicht viele wirklich neue Einsichten aufkommen. Es ist denn auch eher als eine sehr ausführliche Darstellung des schwierigen Verhältnisses der DDR zu den Juden zu sehen – in *Ergänzung* der vorhandenen Untersuchungen. Den antikommunistischen Unterton des Buches

kann man sich wegdenken, doch die grundsätzlich beschriebene Problematik bleibt: Das »bessere Deutschland« hatte aus der Shoah zu wenig gelernt, behandelte anfangs die Juden als Opfer zweiter Klasse und pflegte einen radikalen, weltbildhaften Antizionismus, bei dem die ideologische und physische Grenze zum Antisemitismus gelegentlich massiv überschritten wurde.

Sehr schade ist, dass eine Systematik im Buch, sofern vorhanden, vom Leser selbst rekonstruiert werden muss. Einleitende und zusammenfassend-systematisierende Abschnitte müsste es nicht nur am Anfang und Ende des Buches geben, sondern auch in den einzelnen Kapiteln. Etwas borniert wirken die eigenwilligen und anscheinend sehr individuellen, eindeutschenden Schreibweisen, die der Autor verwendet (Jad Washem, Schewardnadze, Fatach). Und das Fazit-Kapitel offenbart auch noch mal die politische Mission. Dort wird zwar noch einmal die DDR und ihre Geschichtspolitik hart kritisiert, doch teilweise anhand recht allgemeiner Fragen, die nicht auf das Verhältnis zu den Juden ein- und an entscheidenden Stellen über andere vorliegende Arbeiten hinausgehen. Auch hier wieder nur eine Zuspitzung des Bekannten und eine Unterstreichung der Kritik am insgesamt instrumentellen Verhältnis der DDR zu Juden und dem Staat Israel.

PETER ULLRICH

Jeffrey Sachs:

Das Ende der Armut.

Ein ökonomisches Programm
für eine gerechtere Welt,

Siedler Verlag München 2005, 480
S. (24,90 €)

Der Autor, ein treuer Jünger seines Herrn John Maynard Keynes, prophezeit wie einst sein großer Lehrherr, dass mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik die Armut auf der ganzen Welt verschwinden könne, wenn »wir von unserem Reichtum einen klugen Gebrauch machen und einen geteilten Planeten heilen, das Leiden all derer beenden, die noch immer in tiefer Armut gefangen sind«. Jeffrey Sachs, ein Ökonom, den die »Washington Post« mit dem Prädikat »bedeutendster Wirtschaftsreformer

der Welt« auszeichnete und der offensichtlich von allen namhaften Staatsführern dieser Welt, die sich dem glorreichen Siegeszug der modernen kapitalistischen Länder anpassen wollten, als Berater angefordert wurde, fordert eine »klinische Ökonomie«, die er mit der Differentialdiagnose der Mediziner vergleicht.

Die »klinische Ökonomie« registriert die Besonderheiten eines Landes: Meeranbindung, Bodenschätze, Gebirge etc. Sachs setzt ein Gleichheitszeichen zwischen Organismus der Natur und Ökonomie, womit er der Ökonomie eine Naturgesetzmäßigkeit zuschreibt, die sie nicht hat, stützt sie sich doch allein auf menschliche Teleologie und Kausalität. Der Autor demonstriert an Ländern Lateinamerikas, Asiens und Osteuropas, mit welch großem Erfolg er die »klinische Ökonomie« anzuwenden versteht. So zeigt er an Bangladesch, wie die Arbeit der Menschen in »Ausbeuterbetrieben« die »größte Chance« sei, um das Land vom Hunger zu befreien. In diesen »Ausbeuterbetrieben« arbeiten junge Frauen an den Fließbändern nobler Markenfirmen wie Polo, Yves Saint Laurent, für Hungerlöhne zwölf Stunden am Tag. »Häufig arbeiten sie ohne Unterlass, vielleicht mit einer kurzen Mittagspause, und haben kaum eine Möglichkeit auf die Toilette zu gehen.« Dennoch, für den Verfasser ist dies ein großer Fortschritt, der die Armut zu bekämpfen versteht. Erste Erfolge zeigt er auf. So sei die Lebenserwartung in Bangladesch von 44 auf 62 Jahre gestiegen, und das Pro-Kopf-Einkommen habe sich fast verdoppelt. Einige der armen Länder müssten eben durch die »Hilfe« westlicher Firmen aus ihrer Armut befreit werden. Nicht alle hätten halt das Glück wie Amerika, das »einen riesigen Kontinent mit reichen Ressourcen geerbt« habe. Der Autor scheint vergessen zu haben, dass der amerikanische Kapitalismus nicht ein Erbstück der Natur war, sondern die Ausrottung der Indianer zur Voraussetzung hatte. Nicht viel anders als den Indianern erging es den Bengalen. 1650 landeten die ersten Briten und bauten Handelsposten und Manufakturen für die East India Company auf. Etwa hundert Jahre später erhielt die Company nach dem Sieg über den Nawab von Bengalen in der Schlacht von Plassey die Steuerhoheit über die Provinz des Mogulreichs, womit die Armut und Vernichtung die Bengalen dezimierte.

Besondere Ruhmestaten schreibt sich der Autor in Polen zu, wo er höchstpersönlich mit Lech Walesa einen tollen Plan ersann, um den Kapitalismus möglichst schnell reifen zu lassen. »Ich möchte wissen«, habe Walesa ihn ständig gefragt, »wie wir ausländische Banken hierher bekommen.« Den Beweis, dass die Beraterfunktion des Autors stets von Erfolg gekrönt war, soll das Bruttoinlandsprodukt der Länder dokumentieren, das sich stets durch technische Innovationen erhöht habe. Ob Bolivien, Spanien, Polen, Russland Bangladesch oder China: Überall, wo der international geschätzte Autor sein Konzept annähernd realisieren oder bestätigt sehen konnte, kletterte das Bruttoinlandsprodukt gewaltig in die Höhe. Das reicht ihm, um festzustellen, dass die Armut zu besiegen sei. Dass Polen heute 19 Prozent Arbeitslose zählt, tangiert ihn nicht. Ihm reicht das Wachsen des Bruttoinlandsprodukts. Dabei sagt das Bruttoinlandsprodukt eines Landes nichts aus über die Lage der Menschen in diesen Ländern. Die Zahl der armen Menschen in den USA wächst bekanntlich stündlich, die der Reichen auch!

Deutschland ist ein Beweis dafür, wie irrational es ist, wenn sich Ökonomen auf das Bruttoinlandsprodukt eines Landes beziehen, um dessen Armut oder Reichtum festzustellen. Deutschland hatte 1932 fünf Millionen Arbeitslose. 1933 verfügte das Land über ein Bruttoinlandsprodukt von 58,7 Milliarden Reichsmark. Hitlers »Reformen« führten zum massiven Abbau der Sozialleistungen und Arbeitsrechte. 1939 war das Bruttoinlandsprodukt auf 100,2 Milliarden Reichsmark, also um das Doppelte, gewachsen und die Arbeitslosigkeit war abgeschafft, weil immer mehr Menschen, häufig in der Rüstungsindustrie, unter ähnlichen Bedingungen arbeiten mussten, wie dies heute in Bangladesch der Fall ist. Übrigens hat sich das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland seit 1980 mehr als verdoppelt! Ist das nun ein Zeichen von Reichtum? Warum wird dann hierzulande Sozialabbau betrieben? Sachs ist sicher ein qualifizierter Ökonom des expandierenden Kapitalismus. Das Ende menschlicher Ausbeutung, Sklaverei und Unterdrückung steht allerdings nicht in seinem Konzept.

JÜRGEN MEIER